Stand: 15.12.2025 22:01:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8204

"Unterbringung von Flüchtlingen verbessern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8204 vom 01.10.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10174 des SO vom 16.02.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10603 vom 16.03.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 16.03.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 01.10.2015 **Drucksache 17/8204**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Unterbringung von Flüchtlingen verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Unterbringung der Flüchtlinge durch folgende Maßnahmen rasch zu verbessern durch

- Errichtung weiterer Ankunftszentren;
- mindestens doppelt so viele Erstaufnahmeplätze und umgehende Errichtung weiterer regulärer Erstaufnahmeeinrichtungen, z.B. auch in Augsburg und Bayreuth;
- finanzielle und logistische Unterstützung der Kommunen für die Schaffung weiterer Unterkünfte im Gemeinschaftssystem.

Begründung:

Die Aufnahme von Schutzsuchenden ist eine menschenrechtliche Verpflichtung. Für politisch Verfolgte gilt, dass sie Recht auf Asyl haben. Dieser Grundsatz muss sich gerade jetzt bewähren, da so viele Menschen wie noch nie seit Ende des Zweiten Weltkriegs vor Krieg, Verfolgung und existenzieller Not Schutz suchen. Für diese Entwicklung braucht es praxisorientierte greifbare Antworten. Länder und Kommunen stehen aufgrund der stark steigenden Flüchtlingszahlen vor großen Herausforderungen. Mancherorts werden Flüchtlinge in Zelten untergebracht, weil es an adäquaten Unterkünften fehlt. Flüchtlingsaufnahme ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, daher müssen jetzt rasche Schritte erfolgen – auch aufgrund des nahen Winters – damit die Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden die menschenrechtlichen Verpflichtungen erfüllen.

Per Amtshilfeersuchen wurden die Kommunen dazu verpflichtet, innerhalb weniger Stunden und ohne jegliche organisatorische Unterstützung durch den Freistaat, Notunterkünfte für Hunderte von Asylbewerbern herzurichten. Hier müssen die Kommunen eine weitere Herausforderung zusätzlich zu den regulären Flüchtlingszuweisungen meistern. Positiv ist hervorzuheben, dass Obdachlosigkeit unter den Asylbewerbern weitgehend verhindert werden konnte. Die Staatsregierung selbst hat u.E. durch ihr unorganisiertes und kurzsichtiges Handeln und durch das oft unkoordinierte Vorgehen bei der Schaffung von Notunterkünften die Städte und Gemeinden, die Hilfsorganisationen und die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Stich gelassen. Auch derzeit ist ein geordnetes Asylverfahren in Bayern nicht gewährleistet. Die Staatsregierung arbeitet weiterhin nicht auf der Grundlage nachhaltiger Konzepte, sondern im Notfallmodus.

Umso unverständlicher ist es, dass die Staatsregierung die bisherigen Planungen für die Erstaufnahmeeinrichtungen Bayreuth und Augsburg eingestellt hat.

Das neue Ankunftszentrum in München, welches im 24-Stunden-Betrieb Erstversorgung, Registrierung, medizinisches Erstscreening und Weiterleitung leistet, muss als Vorbild für weitere geplante Ankunftszentren gelten. In der Antwort vom 15. September 2015 auf die Schriftliche Anfrage von Frau MdL Christine Kamm (Drs. 17/8055) spricht die Staatsregierung davon, die Kapazitäten in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen bis Ende 2015 auf 15.000 Plätze auszubauen, was den Bedarf nicht decken kann und die utopische Vorstellung der Staatsregierung darstellt, davon auszugehen, dieser Ausbau wäre ausreichend. Die Unterbringung von Schutz- und Asylsuchenden in den bisherigen Erstaufnahmeeinrichtungen und den dazugehörenden Dependancen mit den Notunterkunftssystem ist ein Flickenteppich und muss durch ein zentrales Erstaufnahmesystem ersetzt werden, in dem alle Behörden zusammenarbeiten und die Entscheidungen rasch getroffen werden können. Für viele Flüchtlinge, die im Erstaufnahmesystem in Übergangs- und Noteinrichtungen untergebracht sind, werden hierdurch die Verfahrenszeiten verlängert, da in diesen Einrichtungen keine kurzen Verfahrenswege zwischen Bundesamt, Ausländerbehörden, und ggf. Rückkehrberatung möglich sind.

Es ist an der Zeit, nicht weiter im Krisenmodus zu arbeiten, sondern ein Konzept mit ganzheitlichem Ansatz für die Flüchtlingsunterbringung in Bayern umzusetzen. Dabei muss jede staatliche Ebene ihre Kom-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

petenzen und Aufgaben wahrnehmen. Dies hat die Staatsregierung bei der Flüchtlingsaufnahme in Bayern bislang versäumt. Derzeit stoßen die Kommunen bei der Errichtung neuer Flüchtlingseinrichtungen an rechtliche Grenzen. Das Vergaberecht ist ein Grund dafür, dass Kommunen mittelfristig auf Provisorien wie Turnhallen und Zelte angewiesen sind, daher muss die Staatsregierung auch beim Bau von Flüchtlingsunterkünften Vereinfachungen und Flexibilisierungen im Vergaberecht zulassen. Kommunen müssen Beschaffungen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern vorübergehend im Verhandlungsverfahren bzw. freihändig durchführen können.

In vielen Regionen Bayerns ist Wohnraum Mangelware, so dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum dringend erforderlich ist. Die Kommunen stehen dabei außerdem vor der Herausforderung, Flüchtlinge menschengerecht unterzubringen. Notwendig ist ein Sonderwohnbaubauprogramm, mit dem der Wohnungsnot und dem Mangel an preisgünstigem Wohnraum entgegengewirkt wird. Die jetzt beschlossenen Bundesmittel müssen mit Landesmitteln aufgestockt werden.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.02.2016 **Drucksache** 17/**10174**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**8204**

Unterbringung von Flüchtlingen verbessern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatter: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 4. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 97. Sitzung am 16. Februar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.03.2016 **Drucksache** 17/**10603**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**8204**, 17/**10174**

Unterbringung von Flüchtlingen verbessern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Ich verweise hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 11. Februar 2016 (Vf. 3-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Satz 1 i.V.m. der Anlage der Verordnung zur Festlegung des Anwendungsbereichs bundesrechtlicher Mieterschutzvorschriften (Mieterschutzverordnung – MiSchuV) vom 10. November 2015 (GVBl S. 398, BayRS 400-6-J)
PII/G 1310.16-0002
Drs. 17/10442 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterbringung von Flüchtlingen verbessern
Drs. 17/8204, 17/10174 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlingsaufnahme in Bayern gerecht gestalten
Drs. 17/8399, 17/10409 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einführung einer amtlichen Wohnungslosenstatistik
Drs. 17/8640, 17/10410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern − Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters
Drs. 17/8901, 17/10417 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Wege im Bibermanagement
Drs. 17/9365, 17/10264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Goppel, Oliver Jörg, Karl Freller u.a. CSU
Sicherstellung der Verwendung der Lehrauftragsmittel für das Studienfach Musik
Drs. 17/9926, 17/10462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gewalt gegen Rettungskräfte − Hinschauen statt wegschauen!
Drs. 17/9805, 17/10327 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rettungskräfte besser vor Gewalt schützen!
Drs. 17/10136, 17/10328 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement zur Chefsache machen − Amt des Ehrenamtsbotschafters oder Ehrenamtsbeauftragten neu besetzen
Drs. 17/9189, 17/10457 (G)[X]

Gemäß §126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z